

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/798

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk
Nord**

DGB Bezirk Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: 040-28 58-236
Telefax: 040-28 58-227

An den
Bildungsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Fernsprech-Durchwahl
040-28 58-236/-220

per Email:
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

e-mail: olaf.schwede@dgb.de

Abteilung
Öffentlicher Sektor

Unsere Zeichen
os/lau

Datum
07.02.2013

Stellungnahme des DGB zu den Anträgen „Für eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020“ (Drucksache 18/381) und „Hochschulpakt 2020 – Fortführung des erfolgreichen Programms sicherstellen“ (Umdruck 18/598)

Sehr geehrte Frau Erdmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die DGB-Jugend sind mit Schreiben vom 17.01.2013 zu einer Stellungnahme zu den oben benannten Anträgen an den Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages aufgefordert worden.

Die hiermit vorgelegte Stellungnahme erfolgt als gemeinsame Stellungnahme des DGB und der DGB-Jugend.

Zur Notwendigkeit eines Hochschulpaktes III von 2015 bis 2020

Angesicht der Vorausberechnungen der Studienanfängerzahlen der Kultusministerkonferenz von Januar 2012 ist mit einer weiterhin steigenden Nachfrage nach Studienplätzen zu rechnen. Mit 518.748 Studienanfängerinnen und –anfängern 2011 und 492.674 im Jahr 2012 wurden bereits die höchsten Studierendenzahlen der Geschichte erreicht. Die Studienanfängerquoten waren in diesen zwei Jahren mit 54,7 bzw. 54,0% die höchsten aller Zeiten.

Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Studienplätzen, des doppelten Abiturjahrgangs 2016 in Schleswig-Holstein und der Unterdeckung im bis 2015 geltenden Hochschulpakt II ist ein Hochschulpakt III von 2015 bis 2020 unverzichtbar.

Der DGB begrüßt ausdrücklich den Konsens zwischen der Landesregierung und allen Fraktionen des Landtages zu einem Hochschulpakt III, der in den vorliegenden Anträgen und in der Plenardebatte des Landtages am 13. Dezember 2012 deutlich wurde.

Zur Frage der Neuausrichtung des Hochschulpaktes

Der DGB hält es für sinnvoll den Hochschulpakt 2020 zu nutzen, um politisch sinnvolle Kriterien mit dem Einsatz der Mittel und der Finanzierung zusätzlicher Studienplätze zu verbinden.

Neben dem Ausbau der Studienplätze sollten aus Sicht des DGB Schwerpunkte auf verstärkte Investitionen in Infrastrukturleistungen wie Wohnheimplätze und Beratungsangebote und auf den Ausbau von Masterplätzen gelegt werden.

Bei den Kennziffern wäre zu überlegen, ob es nicht sinnvoller ist einen Abschlussbonus einzuführen als nur eine hohe Studienanfängerzahl zu gewichten. Die Abbrecherzahlen sind aus Sicht des DGB dramatisch. Ein Abschlussbonus könnte die Weiterentwicklung guter Lehre und eine Verbesserung der Studienorganisation befördern.

Eine besonders hohe Bedeutung besitzt für den DGB die Erhöhung des Anteils von beruflich qualifizierten Studierenden ohne Abitur. Die Durchlässigkeit vom Erwerbsleben zur Hochschule muss nicht nur formal möglich sein, sondern auch praktisch gelebt werden.

Nur rund ein Prozent der Studierenden an den deutschen Hochschulen hat kein Abitur. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass es anders möglich ist: In England und Wales liegt die Quote der beruflich Qualifizierten an den Hochschulen bei 15 Prozent, in Schweden und Österreich immerhin noch bei sechs Prozent.

Das Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmann-Stiftung wies in seiner Studie „Studieren ohne Abitur: Monitoring der Entwicklungen in Bund, Ländern und Hochschulen“ vom Juli 2012 auf die problematische Lage in Schleswig-Holstein hin und stellt fest, dass die Zahl der Studienanfänger ohne Abitur weit unterhalb des Bundesdurchschnittes (Bund: 2,1%, S-H: 0,94%) lag. Im Bundesländervergleich lag Schleswig-Holstein damit in dieser Kategorie auf Platz zwölf.¹

Fast die Hälfte aller Studienanfänger ohne Abitur in SH studierte 2010 –der Auswertung des CHE zufolge - an privaten Hochschulen mit Studiengebühren. Die Hochschule mit den meisten Studienanfängern ohne Abitur ist die AKAD Fernhochschule Pinneberg mit 43 Personen. Mit einigem Abstand gefolgt von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (17 Personen) und der Fachhochschule Kiel (14 Personen).²

Der DGB erwartet deswegen, dass im Rahmen eines Hochschulpaktes III den Hochschulen finanzielle Anreize zur Aufnahme beruflich Qualifizierter gegeben werden. Konkret schlägt der DGB vor, Studienplätze für diese Gruppe mit einem zusätzlichen Bonus von 50 Prozent pro Platz zu fördern.

¹ Centrum für Hochschulentwicklung (Hg.): „Studieren ohne Abitur: Monitoring der Entwicklungen in Bund, Ländern und Hochschulen“, Gütersloh 2012, S. 100.

² ebd., S. 101.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten

Arbeitsbedingungen und Perspektiven für die Beschäftigten wirken sich unmittelbar auf die Studienbedingungen und die Qualität der Hochschulbildung aus. Unter ungesicherten beruflichen Verhältnissen der Beschäftigten leiden die Qualität von Lehre und Forschung.

Der DGB erwartet deswegen von der Landesregierung, sich im Rahmen des Hochschulpaktes für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einzusetzen.

Hierzu gehören insbesondere berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. Die im Zuge des Hochschulpaktes vergebenen Stellen müssen daher entweder die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Weiterqualifizierung oder die Möglichkeit zur Entfristung bieten.

Ziel aller Beteiligten muss es sein, dass die unbefristete Vollzeitbeschäftigung – auch für überwiegend in der Lehre tätige Beschäftigte – wieder zum Regelarbeitsverhältnis an den Hochschulen wird.

Weitergehende Vorstellungen

Auch ein Hochschulpakt III darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundsätzlich mehr Mittel für die Hochschulen bereitgestellt werden müssen und die Grundmittelquote der Hochschule dringend erhöht werden muss.

Damit der Bund dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen kann, muss Artikel 91b des Grundgesetzes erweitert werden. Diese erweiterte Form der Kooperation im Hochschulsystem soll der Breitenförderung und nicht der Finanzierung von Eliteprogrammen dienen. Der DGB spricht sich darüber hinaus für die Beibehaltung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau aus.

Der DGB bittet um Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Schwede